



## Durch die Blume

Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!  
So ließe sich durchaus zusammenfassen, was der Thüringer DGB-Chef da vom Stapel gelassen hat. Wie soll es denn keine Aufforderung zum Regierungswechsel sein, wenn eine „politische Wende“ angemahnt wird? Weil sich Änderungen im Sinne des DGB auch mit der derzeit allein-regierenden CDU durchsetzen ließen? Aha.  
Man darf Steffen Lemme getrost unterstellen, ein politisch denkender Mensch zu sein. Und deshalb muss er ganz genau wissen, dass die Postulate des Thüringer Gewerkschaftsbundes in wesentlichen Teilen nicht dem Programm der CDU und auch nicht den Absichten des Regierungschefs entsprechen. Es ist eben nicht zu erwarten, dass der selbst ernannte Personenwahlkämpfer Dieter Althaus für die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs eintritt, ganz abgesehen davon, dass dies kein landespolitisches Thema wäre. Und Forderungen wie „Gemeinsames Lernen bis Klasse 8“ scheinen aus den Programmen von PDS und SPD abgeschrieben.  
Der Gewerkschaftsbund hat parteien-unabhängig zu sein. Falls Herr Lemme indes parteiisch sein will – und es sieht so aus – dann wäre es allemal glaubwürdiger, er sagte es auch ganz offen. W.S.

## Plötzlicher Tod eines Säuglings

Jena (OTZ). Die Mutter eines fast zwei Monate alten Jungen hat gestern wegen des Todes ihres Säuglings in Jena-Lobeda den Rettungsdienst angefordert.  
Sofort eingeleitete polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen sowie die umgehend durchgeführte Sektion in der Rechtsmedizin ergaben keine Anhaltspunkte auf ein Gewaltverbrechen, teilte die Polizeidirektion mit. Nach dem vorläufigen Obduktionsergebnis wird von einem „plötzlichen Kindstod“ ausgegangen.

## Einbrecher steckt im Gitter fest

Erfurt (dpa). Ein Einbrecher ist gestern auf seiner Flucht aus einem Erfurter Geschäft in einem Fenstergitter hängen geblieben.  
Nach Angaben der Polizei hatte der 20-Jährige in der Nacht die Tür zu dem Laden aufgebrochen und dort vermutlich übernachtet. Am Morgen fand er jedoch den Ausgang nicht mehr und versuchte durch ein Fenster zu entkommen. Doch dabei blieb der Betrunkene im Fenstergitter hängen und wurde von einem Passanten erwischt. Die Verletzungen des 20-Jährigen mussten von einem Arzt behandelt werden.

## Bahnänderungen

RE 1 Göttingen-Erfurt-Gera-Zwickau/Chemnitz am 13.1., 4.30 bis 6.45 Uhr: Der Regional-Express 3650 verkehrt ca. 20 Minuten später (Erfurt Hbf ab 5.00 Uhr, Göttingen an 6.45 Uhr). am 18.1., 21 bis 23.30 Uhr: Der Regional-Express 3666 aus Chemnitz Hbf bzw. Zwickau Hbf (planmäßig 21.11 Uhr ab Erfurt Hbf) verkehrt ab Erfurt 10 Minuten später in Richtung Leinefelde. Der Zug 3668 (planmäßige Ankunft 23.08 Uhr in Erfurt Hbf) wird von Weimar bis Erfurt durch einen Bus ersetzt (Ankunft 21 Minuten später).  
RB 21 Erfurt-Weimar-Gera vom 14/15.1. bis 16/17.1., jeweils 0 bis 1.45 Uhr: Die Regionalbahn 16299 (0.11 Uhr ab Erfurt Hbf) wird bis Weimar durch einen Bus ersetzt.  
RE 8 Leipzig-Zwickau; RB 130 Leipzig-Gaschwitz-Altenburg-Zwickau am 13/14.1., 21.30 bis 1 Uhr: Wegen Bauarbeiten umfangreiche Fahrplanänderungen. Bitte die Aushänge in den Bahnhöfen beachten.  
Angaben ohne Gewähr. Weitere und bereits veröffentlichte, noch gültige Änderungen unter [www.otz.de/ratgeber](http://www.otz.de/ratgeber)



Das Wasserkraftwerk von Eon Thüringen an der Werra bei Mihla nahe Eisenach. Die Leistung beträgt bis zu 800 Kilowatt. Um Irrtümern vorzubeugen: Der malträtierte Aal (Foto unten) stammt nicht aus dieser Anlage. (Fotos: dpa; Landesanglerverband)

# Fischblut färbt grünen Strom rot

Angler gegen dezentralen Ausbau der Wasserkraft – Aale beim Abstieg besonders gefährdet



Von OTZ-Redakteur Volkhard Paczulla



Gerhard Kemmler

Im Dezember hatte Gerhard Kemmler der Thüringer Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, einen garstigen Brief geschrieben. Der Angler rief Frau Vizepräsidentin zum Kauf einer Taucherbrille. Damit könnte die Grüne endlich mal sehen, dass Strom aus Wasserkraft nicht grün, sondern rot ist. Rot vom Blut der Fische.  
Göring-Eckardt ließ das Schreiben unbeantwortet. Doch der Streit um den Ausbau der regenerativen Energieerzeugung mittels Wasserkraft spitzt sich zu. Es sind vor allem die vielen kleinen, von Privatleuten betriebenen Laufwasser-Kraftwerke in den Flüssen, die Angler auf der Palme bringen. Nach Schätzungen des Fischereiverbandes sterben bundesweit jeden Tag 260 000 Fische in den Turbinen der Anlagen. „Kein Wunder“, sagt Kemmler für den Verband für Angeln und Naturschutz Thüringen e.V., „dass Wanderfische wie der Aal schon auf Notverordnungen der EU angewiesen sind“.  
Querbauwerke zum Anstauen der Flüsse hindern schon seit Jahrzehnten den Lachs, am Ende seines Lebens in die Quellgebiete

zum Laichen zu kommen. Der Aal geht den umgekehrten Weg. Er kommt als Teenager, als sogenannter Glasaal vom Meer in die Flüsse und Süßwasserseen, um im geschlechtsreifen Alter wieder abzusteigen. Laut EU-Aalverordnung sollen mindestens 40 Prozent von ihnen im Meer auch wieder ankommen. Doch bei der gefährlichen Passage jedes einzelnen Wasserkraftwerks, weiß Anglerfunktionär Kemmler, ergeht es ungefähr zehn Prozent des begehrten Speisefisches schlecht. Durch falsche Strömungswinkel schrammen Aale und andere angesaugte Fische an den Rechen vor den Turbinen schwer auf. Oder die Rechenzinnen stehen zu weit auseinander – dann gehen die Tiere direkt durch die Turbinenschaufeln. „Wegen Fledermäusen werden ganze Brückenprojekte ge-

stoppt“, ärgert sich der Anglerfreund aus Rothenstein bei Jena. Dass aber ein Drittel unserer Süßwasser-Fischarten gefährdet ist, interessiert niemanden.  
Die Genehmigungsbehörden tragen eine große Verantwortung, findet Thomas Wey vom Naturschützer-Verband BUND. Um den klassischen Konflikt des Eingriffs in die Natur zu lösen, müsse jedes Laufwasser-Kraftwerk mit seinen Eigenheiten gesondert betrachtet werden. Eine Abstimmung mit den Anglern wäre aus seiner Sicht in jedem Fall erforderlich. Doch so läuft das nicht immer in Thüringen. Nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums gibt es zurzeit etwa 160 Wasserkraftwerke im Freistaat. Und obwohl ihre Zahl ansteigt, stagniert ihr Anteil an den erneuerbaren Energien seit Jahren bei nur zwei bis drei Prozent. Ein einziges nachträglich wärmedämmtes Haus, argumentieren die Angler, entspricht schon der Leistung eines Kleinst-Wasserkraftwerks. Ihre Leistung zusammen genommen, könnte in Thüringen spielend mit drei oder vier Windrädern der neuen Generation ersetzt werden.  
Das wird aber nicht passieren. Anfang Dezember beschloss das Bundeskabinett eine Neufassung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Die Novelle fördert

Kleinstanlagen sogar in besonderem Maße. Die Thüringer Grünen begrüßen das, ihr energiepolitisches Programm sieht die Nutzung dezentraler Quellen ausdrücklich vor. Olaf Müller, Mitautor des Konzepts, sagt: „Jeder Verband versucht, ihm nicht opportune Energieerzeugung zu verhindern. Die Vogelschützer sind gegen Windkraft, die Denkmalschützer gegen Fotovoltaik, und die Angler gegen Wasserkraft. So ist der Klimawandel aber nicht zu bremsen.“  
Dass die Aqua-Fauna Schaden nimmt, bestreitet Müller ebenso wenig wie Bert Rupprecht, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Thüringer Wasserkraftwerke e.V. Der Verein hält Angler jedoch nicht unbedingt für prädestiniert, für das Wohl der Fische zu sprechen. Nichts gegen ökologische Auflagen, betont Rupprecht, aber die dürfen nicht maßlos werden. Leider erschwere oft Unsachlichkeit die Zusammenarbeit beider Seiten. Was schade ist. Für die Fische.

## Wirksamkeits-Test von Hautpflegemitteln

Jenaer Ärzte wollen einheitlichen Bewertungsstandard entwickeln

Jena (OTZ). Ärzte des Uniklinikums Jena wollen einen einheitlichen Test für Hautpflegemittel entwickeln, für den jeweiligen Beruf nach Angaben von Friseuren oder Bäckern genutzt werden.  
Derzeit gebe es zwar Hautschutzprodukte für die Arbeit, doch lasse sich nicht beurteilen, welche Mittel für den jeweiligen Beruf den besten Schutz versprechen, teilte die Leiterin der Allergie-Abteilung der Hautklinik, Dr. Sibylle Schliemann, gestern mit.

Betroffene müssen oft lange probieren, bis sie ein geeignetes Produkt finden. In Deutschland erkrankten nach Angaben von Experten jährlich bis zu 20 000 Menschen bei der Arbeit an Ekzemen und anderen Allergien.  
Gemeinsam mit Kollegen von Hochschulen in Osnabrück, Erlangen-Nürnberg und Heidelberg sowie Berufsgenossenschaften wollen die Jenaer Mediziner einen Bewertungsstandard entwickeln, der die Wirksamkeit von

Hautschutzprodukten nach objektiven Kriterien misst. Damit soll es möglich sein, für den jeweiligen Beruf das am besten geeignete Mittel zu finden, sagte Schliemann. Der Test soll langfristig auch den Herstellern der Pflegeprodukte zur Verfügung gestellt werden.  
In einem weiteren auf zwei Jahre angelegten Projekt soll ein Test für die Nutzen-Risiko-Analyse von Reinigungsmitteln entwickelt werden. Denn die Palette

solcher Mittel für den Beruf sei groß, sagte der Direktor der Hautklinik, Prof. Dr. Peter Elsner. „Dabei ist nicht unbedingt gut, was effektiv und schnell reinigt.“ Künftig soll so die Wirksamkeit und Verträglichkeit von Reinigungsmitteln vergleichbar werden. Berufsbedingte Allergien sind nach Ansicht von Ärzten weltweit auf dem Vormarsch. Solche Erkrankungen können im Extremfall zur Berufsunfähigkeit führen. [www.uni-jena.de](http://www.uni-jena.de)

## DGB will „politische Wende“ in Thüringen

Lemme: Kein Aufruf zum Regierungswechsel

Erfurt (dpa). Der Thüringer Gewerkschaftsbund präsentierte Positionspapiere, die auch im Internet veröffentlicht werden sollen. Außerdem forderte der DGB eine Ächtung des Rechtsextremismus. Da Rechts-Extremisten die Demokratie beiseitigen wollten könnten sie nicht erwarten, dass ihnen Demokraten auf Augenhöhe begegneten.  
Als „Skandal“ bezeichnete Lemme nach einer Auswertung von Zahlen des Landesamtes für Statistik durch den DGB eine Zunahme der Armut. Demnach sei die Zahl der als arm geltenden Thüringer ab 15 Jahren innerhalb von zehn Jahren um 30 000 auf 298 000 gestiegen. Dabei gelte als arm, wer nicht mehr als die Hälfte des Durchschnittseinkommens habe. [www.thueringen.dgb.de](http://www.thueringen.dgb.de)  
Kommentar



Steffen Lemme

Der Gewerkschaftsbund präsentierte Positionspapiere, die auch im Internet veröffentlicht werden sollen. Außerdem forderte der DGB eine Ächtung des Rechtsextremismus. Da Rechts-Extremisten die Demokratie beiseitigen wollten könnten sie nicht erwarten, dass ihnen Demokraten auf Augenhöhe begegneten.  
Als „Skandal“ bezeichnete Lemme nach einer Auswertung von Zahlen des Landesamtes für Statistik durch den DGB eine Zunahme der Armut. Demnach sei die Zahl der als arm geltenden Thüringer ab 15 Jahren innerhalb von zehn Jahren um 30 000 auf 298 000 gestiegen. Dabei gelte als arm, wer nicht mehr als die Hälfte des Durchschnittseinkommens habe. [www.thueringen.dgb.de](http://www.thueringen.dgb.de)  
Kommentar

## Staatsanwalt stellt Ermittlungen zu Vogelgrippe ein

Gera/Wickersdorf (OTZ/TS). Die Staatsanwaltschaft Gera hat die Ermittlungen gegen Amtstierarzt Stephan Zschimmer und weitere Beschuldigte eingestellt, die im Juli vergangenen Jahres nach dem Fund einer toten, mit H5N1 infizierten Gans in Wickersdorf (Kreis Saalfeld-Rudolstadt) die Keulung von rund 1300 Vögeln angeordnet hatten. Ihnen war u.a. Verstoß gegen den Tierschutz vorgeworfen worden.  
Es habe „kein hinreichender Tatverdacht“ bestanden, sagte Oberstaatsanwalt Ralf Mohrmann der OTZ. Nach Überzeugung der Ermittler habe die Behörde rechtens gehandelt.  
Die betroffenen Anzeigerstaten können gegen den Beschluss Beschwerde einlegen.

## Keine Gefahr für Gesundheit durch Flutungswässer

Erfurt (OTZ/F.K.). Von den beim Flutungsprozess des Ronneburger Grubenbaues in den Gessenbach gelangten Wässern (OTZ berichtete) sind keine Gesundheitsgefährdungen zu vermuten.  
Das sagte gestern der Vorsitzende des Umweltausschusses des Thüringer Landtages, Tilo Kummer (PDS/Die Linke), nach einer Anhörung im Ausschuss. Demnach hätte ein Mensch 800 Liter Bachwasser trinken müssen, um an die Jahresdosis bei Uran heranzukommen. Zu seiner Kritik, dass unzureichend über die Situation informiert wurde, habe die Landesregierung mitgeteilt, alle Maßnahmen seien zeitgemäß und rechtzeitig getroffen worden.

## Neue Runde im Streit um das Schützenhaus

Oberlandesgericht muss entscheiden

Pöbneck/Erfurt/Gera (OTZ). Der juristische Streit um die Verwaltung des Schützenhauses in Pöbneck geht weiter.  
Nach Informationen von MDR 1 Radio Thüringen muss das Thüringer Oberlandesgericht darüber entscheiden, ob der vom Amtsgericht Jena eingesetzte neue Nachtragsliquidator über die Immobilie verfügen kann.  
Das Haus gehört zur ehemals in London ansässigen „Wilhelm Tietjen Stiftung“ des Hamburger Rechtsextremen Jürgen Rieger. Die Stiftung war 2006 von Amts wegen aus dem britischen Handelsregister gelöscht worden. Daraufhin war für das Vermögen in Deutschland ein Liquidator eingesetzt worden. Gegen dessen Berufung hatte Rieger erfolgreich Beschwerde eingereicht.  
Sein Einspruch gegen den neu eingesetzten Erfurter Anwalt Gorge Scheid war vom Landgericht Gera vor zwei Wochen

zurückgewiesen worden. Rieger hatte Beschwerde gegen den Beschluss des Amtsgerichtes-Registerrichters Jena vom 6. November eingelegt. Er hält das Jenaer Gericht für nicht zuständig und kann mit dem neuen Nachtragsliquidator ebensowenig leben wie zuvor mit dem Pöbnecker Rechtsanwalt Alf-H. Borchardt.  
Das Landgericht hielt indes die Beschwerde für unbegründet: Der Beschluss des Jenaer Gerichts sei fehlerfrei und materiell rechtmäßig. Das Gericht sei für den Fall zuständig, weil sich das Hauptvermögen der gelöschten Firma in Pöbneck befinde, und Scheid sei sehr wohl zuzutrauen, dass er seine Aufgaben neutral und zuverlässig erledigen werde.  
Angesicht der aktuellen Beschwerde vor dem OLG ist die Liquidation ins Stocken geraten. Scheid sagte dem Sender, aktuell nehme er keine weiteren Verwertungsmaßnahmen vor.

## Umfrage

## Acht Prozent mehr Geld für Staatsdiener?



Almut Kaul (66), Rentnerin, Greiz: Staatsdiener, die ihre Aufgabe erfüllen, sollen entsprechend gut honoriert werden. Leider erlebt man in Behörden ab und zu Unfreundlichkeit und Inkompetenz. Die Bezahlung sollte an Leistung gekoppelt sein. Vor allem sollte dabei der Umgang mit den Mitarbeitern entsprechend honoriert, sollten die Menschen von den Beamten nicht als Nummer behandelt werden.



Jürgen Kabisch (68), Rentner, Saalfeld: Die Lebenshaltungskosten steigen überall, auch bei den Staatsdienern. Deshalb ist es auch richtig, wenn sie etwas mehr Geld bekommen, aber angemessen. Besonders die Anpassung an das Westniveau beim Lohn sollte jetzt sein. Nun gibt es bei dieser Berufsgruppe bestimmt keine Armut. Ich denke, man sollte auch die nicht vergessen, denen es bei weitem schlechter geht.



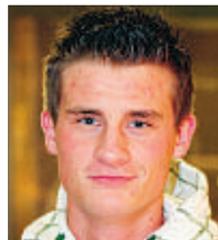
Juana Leidolph (37), Mitarbeiterin Tierheim, Eisenberg: Nein, weil ich der Meinung bin dass die Staatsdiener bereits genug Geld verdienen und auch sonst viele Vergünstigungen haben, auf die normale Arbeitnehmer in privatwirtschaftlichen Betrieben verzichten müssen. Ich denke, acht Prozent sind zu viel. Arbeiter und Angestellte dümpeln zum Teil viele Jahre ohne Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen herum.



Dieter Schlegel (69), Zimmermeister i.R., Gera: Ich denke, die Forderung von acht Prozent ist angesichts von drei Nullrunden vorher gerechtfertigt. Schließlich müssen auch für öffentlich Bedienstete die ständigen Preissteigerungen auf allen Gebieten irgendwie abgefangen werden. Ich weiß aber, dass zum Beispiel im Handwerk angesichts des Preisdrucks auf die Betriebe Lohnsteigerung ein schwieriges Thema ist.



Edith Dreikorn (71), Rentnerin, Bad Lobenstein: Angesichts der Teuerung muss jeder mal dran kommen, auch Staatsdiener. Die haben wohl drei Jahre lang Nullrunden gehabt. Allerdings weiß ich nicht, was sie an Lohn erhalten. Aber etwas mehr im Portemonnaie kann jeder gut gebrauchen. Uns Rentnern fehlt ja auch das Geld. Und es wäre wichtig, dass die Frage der Mindestlöhne geklärt wird. Das betrifft viele Menschen.



Danny Tetzlaff (19), Schüler, Jena: Es ist auf alle Fälle berechtigt, dass sie mehr verdienen möchten. Schließlich sind auf der anderen Seite auch die Ausgaben alle gestiegen. Über die genaue Höhe der Lohnerhöhung lässt sich streiten. Ich will es auch nicht beurteilen, ob acht Prozent gerechtfertigt sind. Man wird abwarten müssen, was unterm Strich rauskommt. Wie lange das dauern kann, sieht man ja beim Bahn-Streit.